

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“
Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Ulmenfeld-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat Oktober 1920 000 Mk. und Raferhebung. Ein einzelnes Exemplar 5 Mk. 00. Anzeigenpreis: Die erste Spalte 20 Mk. 00, Grundzahl 100 000 zu multiplizieren bei Wiederholung Rabatt. Die zweite Spalte 15 Mk. 00, Grundzahl 100 000 zu multiplizieren bei Wiederholung Rabatt. Die dritte Spalte 10 Mk. 00, Grundzahl 100 000 zu multiplizieren bei Wiederholung Rabatt.

Nr. 237.

Ulmenfeld, Mittwoch den 10. Oktober.

Jahrgang 1928

Das Programm des neuen Finanzministers.

Das am meisten sinnfällige Ergebnis der letzten Parlaments- und Kabinettskrise ist der Übergang des Finanzministeriums aus einer sozialistischen in eine bürgerliche Führung. Auf Dr. Hüfner folgte Dr. Luther, der bisher das Amt des Ernährungministers verwaltet hat. Dr. Luther ist eine im Westen des Reiches wohlbekannte Persönlichkeit von starker Individualität und hervorragenden Kenntnissen. Als Oberbürgermeister von Essen und als leitendes Mitglied des Deutschen Städtetages hat er sich als eine Autorität auf dem Gebiete des kommunalen Finanzwesens bewährt. Größere Aufgaben als er bisher zu meistern hatte, häuft sein neues Amt vor ihm auf. Die Finanzen des Reiches liegen in ihrem Aufbau auf einer trostlosen Wirtschaftslage nur unter dem Druck, der infolge des Versailles Vertrags und des Einbruchs in Deutschland mächtigste Industriegebiete auf dem Reich lastet, beratig im Augenblick, daß man in weiten Kreisen des deutschen Volkes an der Möglichkeit einer Sanierung der Finanzen und einer Währungsreform zweifelt. Ein Vertreter der „Köln. Bzg.“ nahm daher Gelegenheit, dem neuen Reichsfinanzminister Dr. Luther die Frage vorzulegen, ob die Ordnung der deutschen Finanzen überhaupt noch im Bereich der derzeitigen staatlichen Kraft liege. Der Minister entwickelte trotz der früher erdrückenden Schwierigkeiten, die sich seiner Arbeit entgegenstellten und die er nicht übersehen, den Optimismus eines Mannes, der im Vertrauen auf die eigene Kraft mit der Größe der Aufgabe seine Arbeitsfreudigkeit wachsen läßt:

„Schon die Tatsache, daß Sie mich fragen, läßt die Minister aus, ob ich glaube, daß die finanziellen Verhältnisse des Reiches überhaupt in Ordnung gebracht werden können, zeigt, wie ungeliebt schwer die Aufgabe ist, die vor mir steht. Dabei wird das deutsche Volk, nachdem der Reichstag beschlossen ist, durch das Ermächtigungsgesetz auch gerade auf finanziellen Gebiet der Regierung größte Vollmachten zu geben, mit Recht erwarten, daß nunmehr die Zeit des Redens vorbei ist und gehandelt wird. Die Regierung rechnet in ihrem Bestreben, das Wohl des gesamten Volkes über alle Sonderinteressen zu stellen, auf die Unterstützung aller sachverständigen Kreise. Die Tätigkeit des Reichsfinanzministers kann aber nur die technische Grundlage für eine Gesundung unseres Wirtschaftslebens schaffen, auch, wenn sie dank der in der Beamtenhaft des Reichsfinanzministeriums verkörperten großen Sachkunde und wohlgegründeten Erfahrung noch so gut gelingt. Im Vordergrund steht die Frage der Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels, für die ja eine ausgearbeitete Vorlage bereits vorliegt. Dazu die zahlreichen Steuerfragen, die fast alle in Fluß sind. Bei den Steuerfragen kommt es nicht nur darauf an, daß die Einnahmen des Reiches auf jeden Fall die Ausgaben decken müssen, sondern die Steuern müssen auch so sein, daß sie einfach zu verwirklichen sind, also geringe Unkosten hervorrufen und gerade dadurch in ihrer Notwendigkeit dem Steuerzahler voll verständlich werden können. Sehr wichtig ist ferner die Beilegung des jetzigen Zustandes, wonach Länder und Gemeinden fast nur noch als Kostgänger des Reiches leben. Dieser Zustand bedrückt das Verantwortungsgefühl der Länder aufs schwerste und hat bei den Gemeinden ein wahres Herrbild der Selbstverwaltung geschaffen. Ein noch so gutes Steuersystem aber nützt gar nichts, wenn nicht erstens die Ausgaben des Reiches ganz außerordentlich eingeschränkt werden und wenn nicht zweitens die Produktion unserer Volkswirtschaft ganz erheblich gesteigert wird. Die Lage unserer Volkswirtschaft ist wie die eines Schiffes in schwerem Sturm. Wie dort das Kommando heißt: „Alle Mann an Deck!“, so muß jetzt das deutsche Volk seine Kräfte fürperlichen und geistigen Kräfte anspannen, damit auf der ganzen Linie des Wirtschaftslebens mehr produziert wird. Geschieht das, so werden alle Waren billiger werden, wir werden wieder Lebensmittel in der erforderlichen Menge einführen können, und die graue Sorge um das tägliche Brot, die heute so schwer auf vielen Volksgenossen lastet, wird schwinden. Eine endgültige Beilegung ist freilich erst möglich, wenn einmal das Maß der durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges

und zur Vort getragenen Leistungen auf ein tragbares Maß zurückgeführt sind. Die erste Voraussetzung dafür ist die freie Verfügung über Ruhr und Rhein und über die dortigen großen wirtschaftlichen Möglichkeiten, die ihre Kraft nur im Gesamtrahmen unserer deutschen Volkswirtschaft entfalten können. Somit bleibt, wenn wir auch sofort alles tun müssen, um die finanzielle und wirtschaftliche Ordnung so gut wie möglich zu gestalten, doch das eigentliche Ziel die Befreiung von Rhein und Ruhr, für die das vaterländische Wollen des ganzen deutschen Volkes sich einsetzt.“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. Okt.

Die Aussprache zur Regierungserklärung.

Reichskanzler Dr. Stresemann:

Mit dem passiven Widerstand haben wir keineswegs den Kampf für den Rhein aufgegeben. Diesen Kampf können wir nur führen mit einheitlichem nationalem Idealismus, nicht mit einem Rechts- oder Linksblock. (Beifall.) Für diesen nationalen Idealismus auch fraktionell Opfer zu bringen, das ist wirklich national. (Beifall.) Außerordentlich bedauerlich sind die katastrophalen Worte des Grafen Westarp über das deutsche Papiergeld. (Widerstand bei den Deutschnationalen.) Wir müssen vom ganzen deutschen Volk verlangen, daß es sich mit Papiergeld bezahlen läßt, sonst haben wir das Chaos. Die deutschen Beamten, Arbeiter und Kleinrentner nehmen das Papiergeld. Da gibt die schwierige Lage der Landwirtschaft niemanden das Recht, die Parole zur Zurückweisung des deutschen Papiergeldes hinauszuschleudern. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit, härmischer Widerspruch bei den Deutschnationalen.) In der Währungsfrage hat die Regierung mit großem Eifer gearbeitet. Es war aber vielleicht ein Fehler, zu viele Sachverständige zu hören, die sich selbst nicht einig waren.

Auf die Frage nach der Haltung Englands im Ruhrkampf kann ich mitteilen, daß Lord Curzon in seiner Rede sagte, es sei von der deutschen Regierung übertrieben gewesen, daß sie den Entschluß zum Abbruch des passiven Widerstands nicht drei Monate früher gefaßt habe. Von englischer Seite ist schon vor mehreren Monaten dem Kabinett Cuno mitgeteilt worden, wenn es für den Abbruch des passiven Widerstands Gegenleistungen erreichen wolle, dann solle es dies bald tun, sonst werde es nicht mehr Gelegenheit haben, dafür irgend etwas zu erhalten. (Hört, hört bei der Mehrheit.) Der Aufruf beim Abbruch des passiven Widerstands hat die einmütige Zustimmung aller Ministerpräsidenten gefunden. Wenn Graf Westarp verlangt, wir sollen den Versailles Vertrag für nichtig erklären, so übersteht er, daß dieser Vertrag gegenüber der feierlich betriebenen Gewaltpolitik einen gewissen Schutz für Deutschland bedeutet. Der Kampf um den Rhein geht weiter. Wollen wir ihn erfolgreich führen, so schaffen Sie Voraussetzungen, daß er durch ein geeignetes Volk geführt wird. (Lebhafte Zustimmung und Handklatschen.)

Abg. Dr. Scholz (D.Bp.) erklärt, daß der Legende vom Dolchstoß der Deutschen Volkspartei gegen die große Koalition ein Ende gemacht werden müsse. Die Deutsche Volkspartei habe lediglich in dieser ersten Zeit alle Parteien zu einer Einigung aufgerufen. Die Aufgabe des passiven Widerstands sei nicht gleichbedeutend mit Kapitulation. Die Staatsautorität müsse auch in Sachsen und Thüringen wieder hergestellt werden. (Großer Beifall links.) Ohne Erhöhung der Produktion sei eine Gesundung nicht möglich. Bei uns werde jetzt mehr englische wie deutsche Kohle verbraucht. Alle Fesseln müßten zur Hebung der Arbeitsintensivität beseitigt werden. Der Beamtenabbau dürfe nicht die Beschränkung der Beamtenrechte bringen. Stärkere Steuerleistungen seien notwendig. Auch der Außenhandel müsse wieder frei werden. Für das Ernährungsministerium brauchen wir einen praktischen Mann aus der Landwirtschaft. (Beifall.)

Abg. Koch-Weser (Dem.) begrüßt die Wiederkehr der großen Koalition. Die Zahlung in Papiergeld dürfe nicht verschmäht werden. Der Großgrundbesitz scheine das Papiergeld nicht zu brauchen, ein Beweis, wie er steuerlich geschont sei. Die Vorwürfe gegen den Parlamentarismus seien unbegründet. In der auswärtigen Politik habe der Reichskanzler das bewiesen, was Fürst Bismarck Abkürzung nannte. Auch der Demokratie bereitet die Zustände in Sachsen und Thüringen schwere Sorgen. Bezüglich des Ausnahmezustands müsse auch mit Bayern bald eine Klärung erfolgen. Widersteht sich der bayerische Generalstaatskommissar, so

könne er sich dem Vorwurf der Reichsregierung entgegenstellen. An eine Katastrophe des Deutschen Reiches glaube er nicht, wohl aber an zunehmenden Verfall, die durch das Nebeneinanderstehen beider Verordnungen gegebene Konfliktmöglichkeit auf ein Minimum zu beschränken.

Abg. Leicht (D.Bp.) verteidigt die Verhängung des Ausnahmezustandes in Bayern. Er richtet an alle Regierungen und Parteien die Mahnung und die Bitte, die durch das Nebeneinanderstehen beider Verordnungen gegebene Konfliktmöglichkeit auf ein Minimum zu beschränken.

Von den Regierungsparteien ist folgendes

Vertrauensvotum

eingegangen: „Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung und spricht ihr das Vertrauen aus.“ Abg. Müller-Franken (Soz.) bringt zur bayerischen Frage folgenden Antrag ein: „Der Reichstag billigt die Rechtsauffassung der Reichsregierung über die bayerische Ausnahmeverordnung und erwartet, daß die Reichsregierung baldigst eine Klärung herbeiführt.“

Abg. v. Graefe (D.Bp.) hebt hervor, daß seine Freunde stets die Notwendigkeit eines starken nationalen Willens beim Ruhrkampf betont hätten. Bei den Sabotageakten sei dieser zum Ausdruck gekommen. Die Diktatur solle nur eine Rettung für die bankrotte Regierung sein. Es müsse jetzt durch Auflösung des Reichstages an das Volk appelliert werden.

Innenminister Solfmann geht auf die blutigen Vorgänge in Düsseldorf aus Anlaß der Sonderbündlertragung ein und legt namens der Reichsregierung gegen die dort beliebte Behandlung deutscher Beamter schärfste Verwahrung ein. (Lebhafte Zustimmung.) Er verleiht den amtlichen Bericht über die Vorgänge und dankt der Bevölkerung für ihre nationale Haltung.

Reichswehrminister Dr. Geyer bezeichnet die Vorgänge in Kärnten als eine Komödie und spricht der Reichswehr seinen Dank aus. Er werde die ihm anvertraute Macht rückhaltlos einsetzen. Um allen Streitigkeiten entgegenzutreten, habe er General von Seckl seines Amtes abgesetzt. (Hört, hört.) Die für die Presse erlassene Zensurverordnung werde in aller Kürze aufgehoben werden.

Abg. Ledebour (bei keiner Fraktion) sagt dem Kabinett Stresemann Kampf an.

Das Vertrauensvotum wird in einfacher Abstimmung gegen die Deutschnationalen, die Bayerische Volkspartei und die Kommunisten angenommen, ebenso der sozialdemokratische Antrag. Die kommunistischen Anträge über die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustands wurden abgelehnt.

Berlin, 9. Okt.

Am Regierungstisch: Justizminister Dr. Radbruch, Innenminister Solfmann.

Am Dienstag fand das Ermächtigungsgesetz zur Beratung.

Das Ermächtigungsgesetz.

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, welche sie auf finanziellen, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet für erforderlich und dringend erachtet. Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abgesehen werden. Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf die Regelung der Arbeitszeit und auf Einschränkungen der Unterhaltungen der Versicherten und Rentenempfänger der Sozialversicherung, sowie der Kleinrentner.

§ 2. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind auf Verlangen des Reichstages sofort aufzuheben.

§ 3. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Wechsel der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammenfassung, spätestens aber am 31. März 1924 außer Kraft.

Ein Antrag Müller-Franken (Soz.) fordert, daß die zu treffenden Maßnahmen, soweit nicht durch Gesetz anders bestimmt wird, mit dem 1. Januar 1925 außer Kraft treten sollen. Ferner soll sich die Ermächtigung auch nicht auf Erwerbslose erstrecken.

Mit zur Beratung steht ein Antrag Schiffer (Dem.), der ein Gesetz fordert, durch das eine einzelne Persönlichkeit oder eine Mehrheit von Persönlichkeiten unter Erteilung besonderer Vollmachten beauftragt wird, binnen einer kürzesten Frist Maßnahmen zu treffen zum Abbau der Justiz- und der Reichsverwaltung, zur Einbringung eines Entlastungsgesetzes, eines Beamtenabhangengesetzes, eines Arbeitszeitgesetzes usw. Ferner soll der Geschäftsgang des Reichstages vereinfacht werden. Auch mit den Ländern sollten ähnliche Maßnahmen vereinbart werden.



Abg. Dr. Heffnerich (D.n.L.) beantragt, das Ermächtigungsgesetz an einen Ausschuss zu verweisen, da seine Fassung nicht in der Lage sei, diesem weitgehenden Befehl ohne Aufklärung seitens der Regierung über die Absichten, die sie damit verfolgt, zuzukommen.

Abg. Schiffer (Dem.) stimmt dem Ermächtigungsgesetz zu und zwar ohne Ausschussberatung. Die Regierung müsse schleunigst zu durchgreifenden Maßnahmen ermächtigt werden. Kein Tag dürfe verloren gehen. Es handle sich um Aufgaben, die im Augenblick gelöst werden müssen, um einen Zusammenbruch zu vermeiden.

Abg. Fröhlich (Komm.) steht in dem Ermächtigungsgesetz die Aufhebung des Parlamentarismus, den Tod der Demokratie und den Beginn der Diktatur.

Abg. Müller-Franken (Soz.) teilt mit, daß die Sozialdemokratie bereit sei, das Ermächtigungsgesetz anzunehmen, weil jetzt der letzte Versuch gemacht werden müsse, die rasch zum Abgrund gleitenden Verhältnisse zu meistern. Dazu gehöre auch die Währungsreform. Es geht nicht an, daß jetzt die Industrie sich vorschreibt und eigene egoistische Ziele verfolgt. Der Otto Wolff-Vertrag mit Degoutte sei der schwerste Eingriff in die Regelung der Reparationsfrage, die ausschließlich Sache der Regierung sei.

Abg. Müller (Zentr.) weist darauf hin, daß sich der deutsch-nationale Abg. Graef-Züringgen für die Diktatur ausgesprochen habe.

Abg. Dr. Hugo (D.Sp.) stimmt dem Gesetz nicht vom Standpunkt der Partei, sondern von dem des Vaterlandes zu. Die Wucherergesetzgebung müsse aufgehoben werden. Tabak- und zahlreiche andere Steuern müßten durch eine gestaffelte Warenumsatzsteuer gedeckt werden.

Abg. Wulle (D.Völk.) betont, daß Dr. Stresemann sich erst am 10. August mit aller Schärfe gegen den Gedanken der Diktatur gewandt habe. Er habe also umgelernt.

Dann sprach noch Innenminister Zolmann und der böher. Gesandte v. Preger. Das Haus ging sofort zur 2. Lesung über.

Verhandlungen der Industriellen

Die Verhandlungen Stinnes.

Berlin, 9. Okt. Wie die „Zeit“ erfährt, besteht die Absicht, die Verhandlungen, die von Vertretern der rheinisch-westfälischen Industrie mit General Degoutte aufgenommen wurden, weiterzuführen. Es sollen daran in dieser Woche auf deutscher Seite die parlamentarischen Vertreter der besetzten Gebiete und die Vertreter der deutschen Wirtschaft beteiligt werden.

Nach Meldungen aus Düsseldorf ist Stinnes in Begleitung verschiedener Industrieller zu Degoutte zurückgekehrt. Kurz darauf wurde eine andere Abordnung der Vertreter der Rhön- und Bergwerke bei dem französischen Oberkommandierenden vorgefassen. Die Unterhaltung zwischen letzterer und Degoutte, die im Weisheit französischer Sachverständiger erfolgte, bezog sich auf die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet.

Paris, 9. Okt. Der „Matin“ gibt eine umfassende Darstellung der Ereignisse vom 6. und 7. Oktober. Das Blatt versichert ausdrücklich, daß Hugo Stinnes sich im Auftrag der Reichsregierung bei Degoutte eingefunden habe. Er war von Herrn Ribbener begleitet, dem Eigentümer des Bergwerkes Biltor, der sich während der Unterredung jeden Augenblick gegen die französischen Forderungen erhob. Auf Befragen erklärte Stinnes, daß er zunächst die Schaffung eines 8 1/2-Stundentages in den Bergwerken und die zehnstündige Arbeitszeit in den Fabriken fordere unter Berufung darauf, daß die deutsche Industrie nur bei intensiver Arbeit die Zahlung der Reparationen vorzunehmen vermöge. Der französi-

sche Delegierte lehnte es rundweg ab, dem Ansinnen Stinnes stattzugeben. Darauf erwiderte Stinnes: Wie Sie wollen. Weiter richtete Stinnes an die französischen Delegierten die Bitte, den ausgewiesenen Ingenieuren und Sachverständigen, die zur Instandsetzung der Fabriken und Bergwerke unentbehrlich seien, die Rückkehr in das Ruhrgebiet zu gestatten. Der französische Delegierte widersprach auch dieser Forderung und erklärte, daß seine Regierung zu gegebener Zeit die geeigneten Maßnahmen ins Auge fassen werde. Ferner hat Stinnes verlangt, daß die Befehle der Fabriken, Kokerien sowie der Bergwerke ein Ende nehmen müsse, da sie unter der Leitung ausgebildeter Sachverständiger einen größeren Ertrag als im gegenwärtigen Augenblick abwerfen würden. Die Forderung wurde wie die vorherigen abgelehnt unter Hinweis darauf, daß die Bergwerke und Fabriken in der Hand Frankreichs in der Hauptsache als Pfänder aufgefaßt werden, die für die Erfüllung der Bedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit haften. Stinnes stellte noch eine andere Frage: Können Sie mir Geldvorschüsse zur Wiederbelebung unserer Industrie machen? Der französische Delegierte gab darauf sehr deutlich zu verstehen, daß die deutschen Industriellen sich Geldmittel von anderer Seite und nicht von Frankreich beschaffen müßten, da die Franzosen in das Ruhrgebiet eingerückt seien, um bezahlt zu werden. Stinnes führte zur Erwiderung aus, daß, wenn das Ausland nicht sofort Zeuge einer französisch-deutschen Verständigung werde, er nicht mit seinen Anleiheplänen zu Wege komme und verächtlich werden mit seinen Anleiheplänen in Amerika einen Mißerfolg erlitten habe. Der französische Bevollmächtigte legte Stinnes nahe, in Deutschland selbst nach finanziellen Zuschüssen sich umzusehen. Zum Schluß der Unterredung erklärte Stinnes, daß er sich zur Berichterstattung nach Berlin begeben und er bat, durch die Vermittlung des Direktors der Kohlenhandlate die Verbindung mit dem französischen Delegierten aufrecht zu erhalten. Auch das wurde abgelehnt.

Forderungen der Ruhrindustriellen an die Regierung Berlin, 9. Okt. Der „Börs. Ztg.“ zufolge hat die von Hugo Stinnes geführte Gruppe der Ruhrindustriellen jetzt der Reichsregierung zehn Forderungen und Fragen überreicht. Sie verlangt u. a. Erlass der seit der Ruhrbesetzung weggenommenen Kohlen, sowie Erlass der seit der Ruhrbesetzung zwangsweise erhobenen Kohlensteuer, Befreiung der Kohlensteuer für das Ruhrgebiet, Sicherung der Befreiung über alle künftig zu liefernden Entschädigungskohlen, bevorzugte Belieferung des besetzten Gebietes mit Rohstoffen und Lebensmitteln, Aufhebung des Kohlenkommissariats und der staatlichen Verteilungsorgane für Kohlen im besetzten Gebiet, Ermächtigung der Kommission der Industriellen, die Verhandlungen mit der Besatzungsbehörde weiterzuführen. Ferner wird an die Reichsregierung die Frage gerichtet, wie die Industriellen sich zu der Regiebahn stellen sollen und wie die Reichsregierung sich zu der Schaffung einer Eisenbahnbetriebsgesellschaft, an der das Rheinland, Frankreich und die Industrie beteiligt sind, stellt. Schließlich wird die Reichsregierung gefragt, ob sie bereit sei, die Industriellen bei der Durchführung ihrer Forderungen nach Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden unter Tage und 10 Stunden über Tage und nach Aufhebung sämtlicher Entmilitarisierungsverordnungen zu unterstützen. Die Industriellen haben um Antwort bis Dienstag mittag ersucht.

Halten Sie Ihrem Heimatblatt die Treue

und bestellen Sie sofort die Schwarzwälder Tageszeitung aus den Lauenen für Oktober.

Esseltracht.

Dunkeln muß der Himmel rings im Rande
Daß sein Sternenglanz zu leuchten wage;
Stimmen muß das Meer bis tief zum Grunde,
Daß es's Land es seine Perlen trage.

Klaffen muß des Berges offne Munde,
Daß sein Goldgehalt ersch' zu Tage;
Dunkle Stunden müssen offenbaren,
Was ein Herz des Großen bringt und klaren.

Heimgelunden.

Novelle von Maria Darling.

(Schluß.) (Nachdruck verboten.)

Was aber nun beginnen? Der draufende Beifall der Gesellschaft, der sie noch vor einer Stunde mit Entzücken erfüllt haben würde, läßt sie nun kalt. Was soll er ihr noch, kann er ihr doch die Erfüllung ihrer Wünsche nicht bringen.

Elfriede hat nicht gesehen, daß vor wenigen Sekunden der schlank, blonde Mann, der unter der Portiere lehnte und mit solch tiefer Ergriffenheit ihrem Gesang lauschte, durch dieselbe Mäntel getreten ist, ebenfalls von dem Bedürfnis nach Einsamkeit erfüllt, erfüllt auch von der bangen Frage: „Darf ich die Seele dieser gottbegnadeten Künstlerin für mich allein fordern, begehre ich nicht ein Verbrechen an der Menschheit, wenn ich ihre diesen Stern vorant halte?“ Teilen aber mit der Welt, das kann er nicht, entweder alles oder nichts.

Hinter einem hohen Granatbaum verborgen, sieht er Elfriede eintreten, er steht den gequälten Ausdruck in ihrem Gesicht, und im selben Augenblick weiß er: Elfriede würde unglücklich, tod unglücklich als Sängerin, sie ist für die große Welt nicht geschaffen.

„Elfriede, mein Elfenkind!“

„Heinz!“ Wie ein Schrei nach Hilfe und Rettung löst sich der Name von Elfriedens Lippen und ehe sie weiß, wie ihr geschieht, liegt sie an seiner Brust; seine schlanken, weichen Künstlerhände streicheln ihre Wangen. Doch dann kommt Elfriede die Besinnung zurück, jäh richtet sie sich auf, fast heftig wölft sie den Geliebten zurück.

„Heinz, was soll das? Was werden die Menschen denken, wenn sie uns in solcher Stellung sehen?“

Heinz lacht frohlich, in seinen Augen blitzt der Schalk.

„Was die Menschen denken werden, wenn sie uns sehen? Nun, was sie wohl immer beim Anblick eines glücklichen Brautpaares denken: Sind die beiden zu beneiden!“

Elfriedens Blick wird finster, in ihren Augen schimmern Tränen.

„Warum verhöhnst Du mich, Heinz, was tat ich Dir, daß Du mir so wehe tun mußt?“

Jetzt wird auch Heinz ernst, vorwurfsvoll blickt er die Geliebte an.

„Elfriede, wie finde ich Dich wieder? Ist das mein tapferes Mädchen, das ausgezogen, um den Geliebten zu suchen? War Deine Liebe so klein, oder Dein Vertrauen so nichtig? Ich hätte mein Vertrauen, meinen Glauben mir nicht erschüttern lassen, nicht eine Sekunde ist mir der Gedanke gekommen: „Du könntest Elfriede in den Armen eines Anderen finden.“ Wie auf einen Felsen habe ich auf Dich gebaut. Bin ich denn so wenig Deines Vertrauens wert, daß Du mir durch Deinen Zweifel so wehe tun mußt?“

Elfriede ist totenbleich geworden, aufschluchzend, das Gesicht in ihren Händen bergend, sinkt sie vor Heinz nieder.

„Heinz vergib mir, o Du weißt nicht, was ich gelitten habe.“

Heinz hebt die Geliebte empor, mit starkem Arm umschlingt er sie.

Wie liefern unsere Zeitung in diesem Vierteljahr gegen

Lieferung von

23	Pfund Weizen
oder 27	„ Roggen oder Haber
„ 30	„ Dinkel (Kernen)
„ 30	„ Stroh
„ 3	Pfund Butter
„ 112	„ Kartoffeln

ganz nach Wahl der Leser.

Neues vom Tage.

Direkte Verhandlungen.

Berlin, 9. Okt. Die deutsche Regierung hat die deutsche Botschaft in Paris und die Gesandtschaft in Brüssel angewiesen, bei der französischen und belgischen Regierung vorstellig zu werden und direkte Verhandlungen über die Frage der Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet zu empfehlen. Gleichzeitig sind auch die deutschen Botschafter in London und Rom angewiesen, über diese Frage Besprechungen einzuleiten. Die englische Regierung dürfte wesentlich andere Maßnahmen im englisch besetzten Gebiet treffen als die Franzosen und Belgier. Schon jetzt machen sich im englisch besetzten Gebiet wesentliche Erleichterungen bemerkbar.

Wiederaufnahme der interalliierten Kontrolle.

Berlin, 9. Okt. Eine neue Note der Botschafterkonferenz über die Wiederaufnahme der Kontrolltätigkeit der interalliierten Kommissionen ist der Reichsregierung schon in der vorigen Woche auf diplomatischem Wege angefordert worden. Sie ist bisher nicht eingetroffen, so daß der offizielle Wortlaut noch nicht bekanntgegeben werden konnte.

Die Kommunisten im sächsischen Kabinett.

Berlin, 9. Okt. Wie dem „Vorwärts“ aus Dresden gemeldet wird, wird der Kommunist Brandler von der R.P.D.-Zentrale das Finanzministerium und der sächsische kommunistische Landtagsabg. Böttcher das Kultministerium übernehmen. Die gemeinsame Sitzung der Fraktionen der S.P.D. und der R.P.D., in der die gemeinsame Regierungserklärung festgesetzt werden sollte, dürfte am Mittwoch stattfinden. Der Antrag wird voraussichtlich am Donnerstag eröffnet werden.

Billionenraub der Franzosen.

Wien, 9. Okt. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, haben die Franzosen am Samstag in Bobwinkel von einer D-Rugs-Lokomotive eine große Summe von Reichsbanknoten beschlagnahmt. Nach Angabe der Franzosen soll es sich um ungefähr 300 Billionen Reichsmark handeln. Die Lokomotive wurde nach Düsseldorf gefahren und der Lokomotivführer zunächst verhaftet. Inzwischen ist er aber wieder freigelassen worden. Die Tatsache, daß die Franzosen beim Einlaufen des D-Rugs in Bobwinkel sich sofort auf die Lokomotive stürzten und sie durchsuchten, läßt darauf schließen, daß sie lange vorher von einem Spion benachrichtigt waren.

Deutsch-„Industrielle in Neuport.“

London, 9. Okt. Dem „Daily Telegraph“ zufolge sind Vertreter von Stinnes und andere deutsche große Industrielle in Neuport eingetroffen in der offenkundigen Absicht, amerikanische Kapitalisten für ihre industriellen Unternehmungen zu interessieren. An der Spitze dieser Persönlichkeiten steht Herr Alfred Bött und Prof. Bosh sowie der Generaldirektor der Badischen Anilin- und Soda-Werke.

Erhöhung der Fernspreckgebühren.

Berlin, 9. Okt. Vom 12. Oktober ab werden die Telegraphen- und Fernspreckgebühren erneut erhöht. Gewöhnliche Telegramme werden 16 Millionen Grund- und 8 Millionen Wortgebühr kosten, Ortsgespräche 10 Millionen; andere Gebührensätze erhöhen sich entsprechend.

„Dörcht's, keines Mädchen. Ja, der Schein mag gegen mich gewesen sein, mein Herz hat nichts von Unrecht gewußt.“

In diesem Augenblick betritt Margret an des Professors Arm den Wintergarten.

Elfriede errötet heiß, als sie Margret sieht, Heinz aber stellt ihr mit lachendem Munde nach ein paar aufklärenden Worten seine Braut vor und Margret's Blickwunsch ist viel zu herzlich, viel zu aufrichtig, um auf verschämte Liebe schließen zu lassen. — — —

Nach wenigen Wochen läuten die Glocken im kleinen Heimathofe, die Böller krachen und die Fahnen wehen. Der Haidhof ist fast begraben unter Blumen und Kränzen, der alte Schulze sieht wieder ganz jung aus, das Glück seines jüngsten Sohnes hat ihn verjüngt.

Vom bekänzten Dorfkirchlein her naht der Brautzug in Begleitung des Pfarrers, weißgekleidete Mädchen streuen dem neuvermählten Paare Blumen.

Im Haidhof soll das Hochzeitsfest gefeiert werden, das keine Schulhaus vermag ja die Menge der Gäste nicht zu fassen.

An der Schwelle des Haidhofes steht der Schulze, um das junge Paar willkommen zu heißen.

Als Heinz sein junges Weib mit strahlenden Augen über die Schwelle führt, da flüstert er mit einem innigen Blick: „Jetzt habe ich ganz und voll heimgelunden durch Dich, Du mein guter, treuer Engel. Du warst der Anlaß zu meinem Glücke, das unser Glück begründet hat. Dieses Bild aber soll zum steten Andenken daran, daß ich durch Dich wieder auf die rechte Bahn gekommen bin, einen Ehrenplatz in unserer neuen Heimat haben!“

Und wie als Antwort auf diese Worte krachten die Böller, klingen die Mäxer aneinander, jubeln die Gäste, darunter auch Professor Kreuzgott und Margret mit ihrer Mutter, dem jungen Paare zu.

— Ende —

Stresemann verhandelt mit den Ruhrindustriellen
Berlin, 9. Okt. Nach den bisherigen Verhandlungen
der Ruhrindustriellen mit der Reichsregierung besteht
nur geringe Aussicht, daß der Besenverband seinen Be-
schluß nach Wiedereinführung der achtstündigen bzw. zehn-
stündigen Arbeitszeit zurückzunehmen wird. Reichsminister
Stresemann hat persönlich die Leitung der Verhandlungen
des Kabinetts mit den Ruhrindustriellen übernommen
und den Vorschlag nach Essen übermittelt, den Beschluß
des Besenverbandes auszusparen, bis die Reichsregierung
auf Grund des Ermächtigungsgesetzes in der Ruhrfrage
und den Wirtschaftsfragen Gesetzesbefugungen erlassen
wird.

Das Phönix-Abkommen.

Berlin, 9. Okt. Am 7. Oktober ist ein Abkommen
zwischen den französischen Delegierten und der Gruppe
Phönix sowie den Stahlwerken abgeschlossen worden, an
deren Spitze Otto Wolff, Cary, Stein und der Holländer
Van Blissingen stehen. Diese Gruppe stellt 10 v. H.
der Gesamtproduktion des Ruhrgebiets dar. Das Abkommen
ist auf der Grundlage der französischen Vorschläge
vom 11. Juni 1923 abgefaßt. Sein Hauptinhalt ist fol-
gender: Für die Produktion, die zwischen dem 11. Januar
und dem Tage der Unterzeichnung des Abkommens liegt,
muß die Kohlensteuer an die Besatzungsmächte abgelie-
fert werden. Für die Kohlen, die auf Reparationskonto
geliefert werden, braucht dagegen eine Steuer nicht ent-
richtet zu werden. Die
Löhne und die rheinische Eisenbahnregie haben ein Pri-
vilegierecht. Die Metallwarenvorräte werden freigegeben
im gleichen Maße, wie die geordneten Kohlen- und
Kohlsicherungen herbeigeschafft und wie die Kohlensteuer
bezahlt werden. Sobald die obigen Bedingungen erfüllt
sind, wird der Gruppe Phönix gestattet werden, Kohlen
und andere Produkte zu Preisen in Deutschland zu ver-
kaufen, die ihr freigestellt sind.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 10. Oktober 1923.

Falsche Reichsbahn-Gutscheine. Von den im
September von der Reichsbahndirektion Frankfurt a. M.
ausgegebenen fünf Millionen Gutscheine sind Falschstücke
im Verkehr, die als plumpe Nachahmungen sofort er-
kennbar sind. Das Papier der Falschstücke ist einfaches
weißes Schreibpapier, ohne jegliches Wasserzeichen.

Erhöhte Sporteln. Infolge der neuesten Er-
höhung der Sporteln auf das 500 000fache kosten jetzt die
Jagdkarten für 1 Woche 50, für 1 Jahr 200 Mil-
lionen M., für Ausländer 600 Millionen. Fischer-
karten bis zu 1 Woche kosten 5—30, bis zu 1 Monat
10—60, bis zu 1 Jahr 60—360 Millionen Mark.

Rechtsanwaltsgebühren. Durch Verordnung
des Württ. Staatsministeriums wurden die Teuerungszu-
schläge zu den landesrechtlichen Gebühren der Rechts-
anwälte aufgehoben. Die Gebühren richten sich nun-
mehr nach der Deutschen Rechtsanwaltsgebührenordnung,
soweit sie nicht nach Art. 75 der Württ. Gerichtsver-
ordnung zu berechnen sind.

Bucherkämpfung. Im Monat September
wurden vom Württ. Polizeipräsidium Stuttgart, Abteilung
Bucherei, 300 Anzeigen, u. a. wegen unerlaubten Han-
dels und Preistreiberei, wegen unerlaubten Verkehrs mit
Mägen, Mindergevierten bei Brot, Nahrungsmittelfälschung
und wegen Nichtanbringens von Preistafeln an die
Staatsanwaltschaften erstattet.

Zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter.
Im „Staatsanzeiger“ wird eine Zusammenfassung der
geltenden Bestimmungen über die Einstellung und Be-
schäftigung ausländischer Arbeiter veröffentlicht. Hiernach
ist die Beschäftigung ausländischer landwirtschaftlicher und
gewerblicher Arbeiter anhängig von der Genehmigung
des Landesamts für Arbeitsvermittlung, die nur nach
freigebiger Prüfung der Bedürfnisfrage erteilt wird. Zur
Sicherung gegen den Vertragsbruch ausländischer Arbei-
ter ist ein auszustellender Abwehrschein eingeführt, ohne
dessen Vorweisung ein ausländischer Arbeitnehmer in eine
andere Arbeitsstelle nicht eingestellt werden darf.

**Stuttgart, 9. Okt. (Landwirtschaftl. Genof-
fenschaftstag.)** Der Verband landwirtschaftl. Genof-
fenschaften in Württemberg e. V. hielt seine 42. ordent-
liche Versammlung in Stuttgart. Oberregierungsrat a. D.
Bayer erinnerte daran, daß die Kaufstelle des Ver-
bandes in diesen Herbst 25 Jahre bestünde. Der stellv.
Vereinsvorsitzer, Gustav Wenzler-Löbinger ge-
bot die Entwicklung der Kaufstelle. Staatsrat Rau
betonte die Aufgabe der Genossenschaften und ihrer Kauf-
stellen, der ländlichen Bevölkerung zu helfen. Prof. Dr.
Köhlermann überbrachte die Wünsche der Landwirt-
schaftl. Hochschule Hohenheim. Oekonomierat Schmidt
danke für die Wünsche. Oberregierungsrat Bayer sprach
dann über „Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen
in Gegenwart und Zukunft“, anschließend daran General-
sekretär Huber über die Frage der Veranlassung eines
Genossenschaftlichen Nachwuchses. Dem Bericht des Ver-
bandes für 1922 ist zu entnehmen, daß dem Verbande
am 1. Juni 1923 1960 landw. Genossenschaften mit
rund 246 000 Mitgliedern angehören. Darunter sind
1378 Darlehensvereine, 406 Molkerei-, 53 Getreide-
-, 1000 und Käseverarbeitungs-, 53 Getreide-
verarbeitungs-, 12 landw. Konsumgenossenschaften, 40 Ge-
treidemühle- und Getreideerzeugnis-, 7 Obstver-
arbeitungs-, 28 Wein-, 28 Bier-, 19 Dreiflügel-, 24 sonstige Genossen-
schaften. Der Verband hat im Berichtsjahre einen reinen
Gewinn von 52 Genossenschaften. Die Kaufstelle
hat 12 722 Oberbauern und 12 722 landw. Bedarfs-

gegenstände zu je 200 Rfr. vermittelt. Der Verbands-
beitrag wurde auf 1 Pfund Weizen je Mitglied der
Einzelgenossenschaft festgesetzt und bei Molkereigenossen-
schaften auf 1/10 Pfund Butter je Mitglied. Im Anschluß
an die Versammlung wurde die 30. General-
versammlung der landw. Genossenschaftszentralkasse abge-
halten. Angehört waren auf Ende 1922 insgesamt
1539 Genossenschaften. Der Gesamtumsatz belief sich
auf rund 44,3 Milliarden, der Reingewinn nach den
erfolgten Abschreibungen 8 820 000 M. Rechnung und
Bilanz wurden genehmigt. Der Geschäftsanteil wurde
auf 6 Millionen, die Postsumme auf 600 Millionen
je Geschäftsanteil erhöht; ebenso der Höchstfuß der Divi-
dende von 5 auf 10 Prozent festgesetzt.

Oberkirchenrat Dr. Theodor Kroner t.
Mit Oberkirchenrat Dr. Theodor Kroner, dem lang-
jährigen ersten Rabbiner der Stuttgarter israelitischen
Gemeinde, ist eine bedeutende Persönlichkeit aus dem
Leben geschieden. Mit tieferer Frömmigkeit verband er
weitgehende Toleranz. Im Dezember 1893 wurde er
zum ersten Stadtrabbiner von Stuttgart gewählt und
im Frühjahr 1894 trat er sein Amt an, das er, bald
zum Kirchenrat und später Oberkirchenrat ernannt, bis
zu seiner vor einem Jahre erfolgten Pensionierung
mit Hingabe all seiner Kräfte verwaltete.

Die Teuerung. Die Stadt muß die Gas- und
Strompreise schon wieder beträchtlich erhöhen. Der Ku-
bikmeter Gas kostet vom 12. Oktober ab 22 Millionen
Mark, die kWh. Lichtstrom 70 Millionen Mark.

Starke Fleischpreiserhöhung. Es kosten:
Ochsen- und Rindfleisch 1. Güte 110 Mill. M., das Pfd.,
2. Güte 106, Kalbfleisch 1. Güte 90 Mill. M., 2. Güte
70—74 Mill., Kalbsfleisch 126, Schweinefleisch 154, Ham-
melfleisch 96, Schaffleisch 65—75 Millionen Mark.

Botenheim, 9. Okt. (Weinpreis.) Am Son-
ntag fand eine Versammlung der Weingärtner auf dem
Rathause statt, in der über den Weinpreis beraten wurde.
Die Beschlüsse sind hier nahezu beendet und die hier vorber-
schenden Portagiefälle sind völlig ausgerollt. Die Wein-
gärtner beschließen, pro Eimer 230 Goldmark zu verlan-
gen. Hiemlich Käufer waren hier; Käufe wurden keine
abgeschlossen.

Mürtlingen, 9. Okt. (Glück-Gedenktafel.) In
einer schlichten Feier wurde vor dem Pfarrhaus in Ober-
eisingen eine Gedenktafel zur Erinnerung an Friedrich
Glück (1793—1840), den Komponisten des Lieds „In
einem kühlen Grunde“, eingeweiht. Die Tafel zeigt in
flachem Relief eine Mühle im Grunde und auf dem gegen-
überliegenden Hügel einen träumerisch in sich versunk-
nen Jüngling in edler Linienführung und feinempfun-
dener Gesamtschönung; sie ist am Pfarrhaus, dem
Geburtsort Glück, in die Mauer eingelassen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Die neue Weiszahl für Beamtengehälter. Die Mit-
teilung aus dem Haushaltsausschuß des Reichstags ist
richtigzustellen: für das 2. Viertel des Monats Okto-
ber wurde eine Weiszahl von 14 000 (nicht 40 000) ver-
einbart.

Aufgehobenes Verbot. Der Staatsgerichtshof hat das
am 26. September vom Reichsinnenminister ausge-
sprochene Verbot der „Deutschen Ztg.“ aufgehoben.

Bombensund in der Berliner Börse. Vor einigen
Tagen ist in der Berliner Produktenbörse eine Bombe
gefunden worden, bei der die Zündschnur abgebrannt
war, ohne den schwachen Explosivstoff zur Entladung
zu bringen.

Eine tollkühnige Raube. In Cham in Bayern (Ober-
pfalz) war die zwölfjährige Tochter der Familie
Schiedbauer vor etwa drei Wochen von einer Raube
gebissen worden. Man traten Tollwuterscheinungen
auf, denen das Kind erlegen ist. Zwei weitere Kinder
mußten wegen der gleichen Verletzung in das Pa-
rische Institut nach Berlin gebracht werden.

Für eine Million Kleider gestohlen. Aus Berlin wird
berichtet: Aus dem Modengeschäft von Proehl in der
Bachstraße stahlen Einbrecher für über eine Million
Kleider, Kostüme, Mäntel und Röcke. Es handelt sich
um etwa 50 einzelne Modelle, die in Berliner Mode-
häusern sonst nicht zu finden sind und auch hier nicht
verkauft werden.

Starker Rückgang im Berliner Fremdenverkehr. Der
starke Rückgang des Berliner Fremdenverkehrs im Sep-
tember tritt im amtlichen Nachweis über die ange-
meldeten Fremden auffallend in die Erscheinung. Zum
erstenmal seit einer Reihe von Jahren ist, wie die
Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins
feststellt, die Gesamtzahl unter Hunderttausend ge-
sunken. Die Differenz beträgt gegen den August, der mit
112 288 bereits einen großen Rückschritt bedeutete, für
den September nur 80 851.

Der Hundesang wird teurer. Der Berliner Polizei-
präsident hat den amtlich zugelassenen Hundesang-
unternehmer Marschall in Landwitsch berechtigt, von jetzt
ab 20 Millionen M. Fanggebühren für einen Hund
zu erheben. Er ist ferner für berechtigt erklärt wor-
den, täglich 3,5 bis 7 Millionen M. an Futter- und
Pflegekosten, je nach der Größe des Hundes, zu be-
anspruchern.

Kassen bestohlen. Fridtjof Ransen ist auf der Reise
durch Deutschland im Auto bei Witterfeld bestohlen wor-
den. Während einer Reparatur seines Autos wurde
ihm ein grauer Koffer mit Kleibern, Wäsche, Schuhen
u. s. w. entwendet. Im Gepäck befand sich auch eine flache
goldene Taschenuhr.

Schnee im Gebirge. Wie die schweizerischen Blät-
ter melden, ist in den letzten Tagen in allen Berg-
lagen starker Schneefall zu verzeichnen. In der Nacht
zum Sonntag hat es wieder mächtig auf 1100—1200
Meter herab geschneit. Die höheren Pässe hatten
in den letzten Tagen starke Schneemengen zu ver-
zeichnen; am Simphon, Gotthard, Bernhardsin und der
Bernina liegt der Schnee stellenweise bis zu 40 Zm.
hoch. Der Sölding der Alpen W von dem heiligen
Waltersturz bis jetzt fast unberührt geblieben.

Licht im Zimmer.

Mit dem Herbst werden die Tage wieder kürzer und wir
find wieder in höherem Maße auf das künstliche Licht
angewiesen. Da heißt es nun, in seinem Heim die beste
und die praktischste Beleuchtung zu haben, denn das Licht
trägt nicht nur viel zur Gemütlichkeit der Wohnung bei,
sondern es ist auch für die Gesundheit unserer Augen von
großer Bedeutung. Die Art der Beleuchtung ist dabei
nicht so wichtig, wie man im allgemeinen annimmt, denn
sowohl elektrisches wie Gaslicht, aber auch die alte Petro-
leumlampe spenden eine durchaus befriedigende Hellig-
keit, wenn sie nur richtig verwendet werden. Die richtige
Beleuchtung eines Raumes hängt von einer geschickten
Verteilung des Lichtes ab, von der Verwendung direkter
oder zurückgeworfener Strahlen. Direktes Licht, das von
der Lichtquelle unmittelbar ausgeht, bietet eine klar,
scharf umrissene Helle und ist für Arbeiten notwendig,
die an einem bestimmten Ort vorgenommen werden. Das
indirekte Licht wird dadurch hervorgerufen, daß die
Lichtstrahlen zuerst an die Decke oder auf die Wand fal-
len und von dort zurückgeworfen werden, so daß Decke
und Wände die eigentlichen Lichtquellen des Zimmers
werden. Dies zurückgeworfene Licht ist weicher und hat
unbestimmte Schatten. Ein Raum, der zugleich ge-
müthlich und doch gut beleuchtet sein soll, muß genügend
viel indirektes Licht haben, um alle Teile des Zimmers
deutlich sichtbar zu machen, und dieses indirekte Licht ist
durch direktes Licht zu ergänzen, das man zum Schreiben,
Lesen und Handarbeiten braucht. Jeder Beleuchtungs-
körper, mag er nun an der Decke oder an der Wand
oder auf dem Tisch sich befinden, kann so eingerichtet
werden, daß er direktes, indirektes und gemischtes Licht
gibt. Sowie die Natur die schönste Beleuchtung beim Auf-
gang und beim Untergang der Sonne aufweist, so ist
auch ein Raum dann am angenehmsten durchleuchtet, wenn
das Licht von verschiedenen Seiten und nicht allein
von oben kommt. Die Verwendung der Beleuchtung
wird zum größten Teil von dem Zweck abhängen, dem
dem der Raum dient. In einem kleinen Zimmer kann
eine durchsichtige Ampel, die an der Wand hängt, ge-
nügend direktes und indirektes Licht bieten. Im Arbeits-
zimmer wird man für direktes Licht sorgen müssen, das
auf die Arbeitsstelle fällt, und im Schlafzimmer ist eine be-
trächtliche Vereinigung von Licht auf dem Tisch notwen-
dig. Da alle modernen Lichtquellen zu grell sind, so
müssen sie irgendwie beschattet werden, damit das Licht
nicht direkt in die Augen fällt. Bei der Auswahl der
Beleuchtungen und Lampenströme ist sehr viel mehr
darauf zu achten, daß sie bei Licht angenehm und prak-
tisch sind, und weniger darauf, daß sie bei Tage gut aus-
sehen. Vor allem sind Franzen an den Lampenströmen
zu vermeiden, denn diese rufen nur unsichere Schatten
herbor, die den Augen unangenehm sind. Der Lampen-
schirm soll das Licht so abtönen, daß es nur ein wenig
heller ist als seine Umgebung, denn große Gegenätze von
Licht und Dunkel ermüden das Auge. Aus diesem
Grunde ist es auch nicht ratsam, an einem hellerleuchteten
Tisch zu lesen, während der übrige Raum ganz im Dunkel
liegt, denn das aufblitzende Auge blüht aus dem Licht zu
unvermittelt ins Dunkle. Dunkle Decken und Wände sind
für die Beleuchtung stets ungeeignet, da sie zu viel Licht
verschlucken und die Lichtstrahlung fast unmöglich machen.

Handel und Verkehr.

Dollar: Berlin 1 197 Mill. G., 1 203 Mill. Br.
Frankfurt 1 596 Mill. G., 1 604 Mill. Br.
1 Goldmark = 285 714 000 (199 523 809) Papiermark.
Amst. Berliner Tevisenturie vom Dienstag, 9. Okt.:
Amsterdam 473 812 500 G., 476 187 500 Br.
Brüssel 63 840 000 G., 64 160 000 Br.
Christiania 189 525 000 G., 190 475 000 Br.
Kopenhagen 211 497 000 G., 212 503 000 Br.
Stockholm 319 200 000 G., 320 800 000 Br.
Stallen 54 483 500 G., 54 783 500 Br.
London 5 486 250 000 G., 5 513 750 000 Br.
Paris 72 817 500 G., 73 182 500 Br.
Schweiz 215 460 000 G., 216 540 000 Br.
Spanien 162 592 500 G., 163 407 500 Br.
Deutsch-Oesterreich 17 157 G., 17 243 Br.
Prag 36 109 500 G., 36 290 500 Br.
Buenos Aires 394 012 500 G., 395 987 500 Br.

Wirtschaftszahlen vom Dienstag:

Goldmarkaufgeld (10.—12. Okt.) 13 699 999 900 v. V.
Reichsbankdiskont 90 Prozent.
Reichsbanklombard (wertbeständig) 10 Prozent.
Reichsbanklombard f. Papiermarkdrtl. 108 %.
Silberankaufspreis 55 000 000fach.
Stuttgarter Index 96 341 536fach.
Industriestoffe 145 100 000fach.
Personenverkehrsindex (10. Okt.) 60 Mill.
Güterverkehrsindex (10. Okt.) 70 Mill.
Buchhändler-Schlüsselsatz (10. Okt.) 170 Mill.
Buchdrucker-Schlüsselsatz (5. Okt.) 3,6 Mill.
Zeitungsanzeigen-Schlüsselsatz 100 000.

Weitzpreis. Die rapide Marktentwertung läßt kaum
mehr feste Notierungen zu. Weizenmehl Spez. 0 la-
ste am Dienstag nach Mannh. Rotierung 7 225
Marken M.

Rom Silberfrankmarkt. Der Versand von Silberfrank
ist im Gange. Infolge der Trockenheit ist die Ernte
kaum eine halbe. Die Röhre sind jedoch fest und ge-
sund. Die Nachfrage ist infolge Mangels an sonstigen
Gemeinfarten trotz des hohen Preises (500—600 Mill.
pro Rfr.) eine große.

Stuttgarter Marktwette vom 9. Okt. Auch auf dem
Dienstagmarkt sind die Lebensmittelpreise sprunghaft
in die Höhe gegangen. Auf dem Obstgroßmarkt
wurden in Millionen M. bezahlt: Äpfel 10—20, Bir-

nen 12-35, Zwetschgen 7-10, Trauben 35-40, Rasse 28-35, Tomaten 10-14, Weißkraut 8-10, rote Rüben 5-6, Fenchel 4-7,8, Bohnen 20-25, Kartoffeln 4 das Pfd. Außerordentlich stark gestiegen sind wieder die Fettpreise: Butter 180, Schmalz 250, Margarine 200, Speisefett 140-200; Käse: Schweizer 30, Käse 18-22, Rahm 20-22, Backfett 18 je 100 Gr.

Mannheimer Produktendörse, 8. Okt. Die Haltung des Getreidemarktes war angesichts der starken Schwankungen für Fremdwäcker sehr unentschieden und die Forderungen gingen teilweise sehr auseinander. Es notierten 100 Kilo bahntreier Mannheimer, alles in Milchkarden M.: Weizen 2,6-2,8, alter Roggen 2,2, alte Braugerste 2-2,2, neuer Haber 1,9-2,1, Weizenmehl Basis 0 Richtpreis 4,8-5,8, Roggenmehl 3,5-4,2, Weizenmehl 0,60-0,65, Weizenstroh 0,38-0,40, geb. Stroh 0,30-0,37.

Stuttgart, 9. Okt. (Verdoppelte Schlachtviehpreise.) Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag waren zugeführt: 127 Ochsen, 47 Bullen, 300 Jungbullen, 224 Jungkühe, 303 Kühe, 291 Kälber, 249 Schweine, 180 Schafe. Unverkauft: 17 Ochsen, 14 Jungbullen, 20 Jungbullen und 33 Kühe. Verkauf: bei Kälbern und Schweinen beliebt, bei Großvieh mäßig beliebt. Erlös aus 1 Jtr. Lebendgewicht, in Milliarden M.: Ochsen erste Qualität 4,4-4,5, zweite 3,6-4,2, Bullen erste 4,3-4,5, zweite 3,5-4,2, Jungbullen erste 4,4-4,5, zweite 4,1-4,4, dritte 3,5-4, Kühe erste 3,8-4, zweite 3-3,6, dritte 2,2-2,8, Kälber erste 3,4-3,5, zweite 5,1-5,3, dritte 4,8-5, Schweine erste 7,0-8,1, zweite 7,7-7,8, dritte 6,5-7,5, Hammel geschlachtet 6,2-6,6, Schafe (geschl.) 4,5-5,5.

Mannheim, 8. Okt. Dem Schlachtviehmarkt wurden zugeführt und für das Pfund Lebendgewicht gehandelt (je nach Klasse, alles in Mill. M.): 112 Ochsen 38-58, 86 Bullen 35-55, 257 Kühe und Kälber 35-58, 202 Kälber 62-72, 86 Schafe 31 bis 35, sowie 273 Schweine, für die von der Paritätskommission keine Preise angegeben wurden. Marktverlauf: Großvieh lebhaft, Schweine mittelmäßig, Kälber langsam; alles wurde verkauft.

Stuttgarter Monatspferdemarkt. Auf dem Monatspferdemarkt am Montag waren 162 Pferde zugeführt. Die Preise bewegten sich zwischen 10 und 30 Millionen für leichte, 30 und 50 Millionen für mittlere, 70 und 100 Millionen für schwere Pferde. Ausnahmeweise wurden bis zu 150 Millionen erzielt. Ueber die Hälfte der zugeführten Pferde wurde verkauft. — Dem Hundemarkt waren 115 Hunde (Schäferhunde, Doggen, Dobermann und Schnauzer) zugeführt. Preise: für große Hunde 2-10 Millionen, für kleine 100 bis 700 Millionen.

Württ. Schweinemärkte. In Crailsheim kosteten bei einer Zufuhr von 40 Häusern und 745 Milchschweinen ein Paar 3200 bzw. 600-1600 Millionen M. — Nottweil: Zufuhr 207 Milch und 2 Häuser Schweine. Preis pro Paar 700-1000 bzw. 2700 Millionen M.

Letzte Nachrichten.

Frankreich lehnt es ab, mit der deutschen Regierung in Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten.

WTB. Paris, 10. Okt. Die Jovas-Agentur veröffentlicht folgende halbamtliche Erklärung: Die deutsche Regierung hat ihre diplomatischen Vertreter in Paris und Brüssel eine Demarche unternehmen lassen, um an den Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet teilzunehmen. Man erinnert sich, daß sie bereits längst den Wunsch ausgesprochen hat, die Einstellung des passiven Widerstands zum Gegenstand einer Verhandlung zwischen dem Deutschen Reich, vertreten durch einen Reichskommissar, und den alliierten Behörden zu machen. Dies ist ihr verweigert worden, solange der passive Widerstand nicht aufgehört hat. Die deutschen Behörden wollen die Wiederaufnahme der Arbeit und der Rohstofflieferungen zum Vorwand einer neuen Verhandlung machen, aber man hat allen Grund anzunehmen, daß ihre Hoffnung nach dieser Richtung enttäuscht wird und daß M. in seiner präsidialen Poincaré in der Unterredung, die er heute mit dem deutschen Geschäftsträger, Botschaftsrat von Hörs, haben wird, sich weigern wird, in dieser Hinsicht Befriedigung zu geben. Die alliierten Regierungen wollen tatsächlich diese Frage nicht mit der deutschen Zentralregierung diskutieren, d. h. mit den Behörden, die von Berlin aus bis jetzt den Widerstand gegen die Befehle organisiert haben, aber sie sind im Gegenteil sehr geneigt, direkt mit den Lokalbehörden oder mit den lokalen Unternehmern oder Arbeitergruppen alle notwendigen Arrangements über die Wiederherstellung des normalen Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet zu treffen. Das Abkommen, das vorgestern durch die Internationalisierte Kontrollkommission mit der Gruppe Otto Wolff abgeschlossen wurde, beweist hinlänglich, daß ein derartiges Verfahren rasch durchführbar und praktisch ist. Die Einmischung der deutschen Regierung würde nur die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit, die übrigens auf ausgezeichnetem Wege ist und die in wenigen Tagen allgemein sein wird, verlängern. Die Zulassung der Berliner Delegierten zu den Verhandlungen ist also keineswegs erwünscht und nützlich. Im Gegenteil, sobald die Einstellung des Widerstandes in der Praxis vollkommen sein wird, steht es dem Reichskanzler Stresemann frei, sich an die Reparationskommission zu wenden, um ihr seine Absichten bekannt zu geben und um zu verlangen, über die zukünftigen Verhandlungen über die Reparationen gehört zu werden. In ihr und nur in ihr allein müssen sich die diplomatischen Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland vollziehen. Der Reparationskommission ist übrigens bereits gestern der Text des Abkommens Wolff überreicht worden, damit sie prüft, ob

die Festlegungen dieses Abkommens mit ihren eigenen Entscheidungen im Einklang stehen.

Die Belgier.

WTB. Brüssel, 10. Okt. Die Agence Belge meldet: Der deutsche Geschäftsträger hat gestern Vormittag eine Unterredung mit dem Minister des Äußeren Jaspar, dem er mitgeteilt haben soll, daß Deutsche Reich wünsche bei der Wiederaufnahme der Tätigkeit im Ruhrgebiet mitzuarbeiten und wieder auf Reparationskonto zahlen zu lassen. Das Reich wünsche ferner den Zusammentritt von deutschen, französischen und belgischen Delegierten zur Regelung der Frage. Jaspar soll dem deutschen Geschäftsträger erklärt haben, er werde sich mit der französischen Regierung in Verbindung setzen. Auf jeden Fall aber müsse das Reich den zur Lieferung von Brennstoffen geeigneten Industriellen versprechen, daß es diese bezahlen werde und ferner den deutschen Eisenbahnern befehlen, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen.

Die deutsche Regierung und die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet.

WTB. Berlin, 10. Okt. Wie der „Berliner Volksbeobachter“ erzählt, haben gestern im Reichstag zwischen Mitgliedern der Reichsregierung und den Führern der Nationalistischen einleitende Besprechungen über die Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet stattgefunden.

Ein Antrag auf Verhaftung der Reichsdirektoren.

WTB. Berlin, 10. Okt. Nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblatts“ aus Gelsenkirchen haben die Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter beim Reichskanzler den Antrag gestellt, die Reichsdirektoren im Ruhrgebiet zu verhaften, da sie einen schweren Vorstoß gegen die Reichsverfassung und gegen die reichsgesetzlichen Bestimmungen begangen hätten.

Ueber die Vorgänge im Ruhrgebiet.

WTB. Berlin, 10. Okt. Dem „Vorwärts“ zufolge finden heute im Reichsarbeitsministerium Besprechungen zwischen dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und den Vertretern des Bergbauischen Vereltes über die Vorgänge der letzten Tage im Ruhrgebiet statt. Am Donnerstag soll in Gegenwart von Gewerkschaftsvertretern über die gleiche Angelegenheit verhandelt werden.

Wintmahlisches Wetter.

Bei wenig veränderter Luftdruckverteilung ist für Donnerstag noch mit der Fortdauer des vorwiegend nachkalten Wetters zu rechnen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf.

Druck und Verlag der W. Verlags- und Buchdruckerei Wittenberg.

Bekanntmachung betr. die vom 7. bis 13. Oktober ab gültigen Ermäßigungsbeiträge beim Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Vom 7. bis 13. Oktober 1923 gelten beim Steuerabzug vom Arbeitslohn die achtfachen Beiträge der vom 16. bis 30. September 1923 gültigen, am 18. Sept. bekannt gegebenen Ermäßigungsätze.

Die Sätze für die Bewertung der Sachbezüge erfahren keine Veränderung.

Altensteig, den 9. Oktober 1923.

Finanzamt:

J. B. Belg, Obersteuereinspektor.

Mineral-Oel
für die verschiedensten Zwecke,
Consistentfett
Carbolineum, Teer usw.
empfiehlt bei billigsten Preisen
LorenzLuz jr.
ALTENSTEIG Telefon Nr. 46.

Altensteig.
1883 er
treffen sich heute Abend 8 Uhr im
Kaffee Becker.
Einen 1 1/2 jährigen, leicht
angewöhnten
Stier
tauscht
gegen ein 1/2 jähriges Kind.
Witwe Dürr, Davd.

Altensteig.
Mein Lager in
Oefen
ist bestens sortiert und empfehle ich
solche bei bevorstehendem Bedarf
Paul Beck.

Rokosfett
Eiernudeln
Kernseife
sowie
zu haben
Schwarzalldrogerie Altensteig
Apotheker Jos. Engert.

Altensteig.
7000 Stück I. Qualität
rheinische Schwemmsteine
Größe 10/12 hat ab Lager
abzugeben
Soel Wolf, Baugeschäft.
Roter, kurzhaariger
Halbhund
coupiert (starkes Tier) hat sich
am Samstag bei der Agen-
bacher Sägmühle
verlaufen.
Um sachdienliche Mitteilung
über dessen Verbleib bittet
G. Wolf, Goldner Stern
Widdach.
Vor Ankauf wird gewarnt!
Hochzeitskarten fertigt schnell, sauber und preiswert
die **W. Rieker'sche Buchdruckerei**

Allg. Orts- (Bez.-) Krankenkasse Nagold.

Auf Grund der Verordnung des Reichsarbeitsminist. v. 27. 9. 23 hat der Kassenvorstand beschloffen, ab 1. bezw. 8. 10. 23 in den Betrieben, welche regelmäßig mehr als 5 Versicherte (ohne Lehrlinge und Dienstboten) beschäftigen, die **Krankenkassbeiträge nach dem wirklichen Arbeitsverdienst (bei Kurzarbeit nach dem Normalwochenlohn)** der einzelnen Versicherten zu erheben. Bei den übrigen Kassennitgliedern verbleibt es bei dem bisher. Lohnstufensystem. Den in Betracht kommenden Arbeitgeber ist eine Anweisung besonders zugegangen, auf die hier verwiesen wird. **Wir machen noch besonders auf die Bestimmung aufmerksam, daß bei verspäteter Zahlung der Beiträge Aufwertung entsprechend der Erhöhung der Reichsrentenzahl der Lebenshaltungskosten erfolgt.**

Nagold, 9. 10. 23.

Vors. d. Vorstandes:
(gez.) J. G.

Verwalter:
(gez.) L. G.

Invalidenversicherung ab 1. 10. 1923.

Wohn- stufe	Tatsächl. Wochen- verdienst bis zu	Wochen- beitrag
40	346	5,7
41	462	7,4
42	692	10,6
43	923	14,8
44	1154	19
45	1616	25
46	2808	36
47	3462	52
48	4616	74
49	5769	94
50	mehr	116.

NB. 1 = 1 Million Mark.

Für Versicherte mit einem Wochenverdienst von weniger als 277 M. M. gilt die Lohnklasse 36 mit einem Wochenbeitr. von 1,4 M. M.

Allgem. Orts- (Bezirks-) Krankenkasse Nagold.

Familienkalender für 1924

sind zu haben in der
W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig.

